

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

EU-Turbos missachten die Bundesverfassung von Karl Spühler

Seite 2

Kanton Zürich

Asyl-Schlaraffenland Zürich stoppen! von Stefan Schmid

Seite 3

Aktuell

Giftgrüner Klimafonds: Linke Aktivisten profitieren von Reinhard Wegelin

Seite 5

Parlamentsgemeinden

Bülacher Tagesschule: Gescheitert an der Realität von Thomas Obermayer

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

3. März: Abstimmungshöck in Zürich-Enge

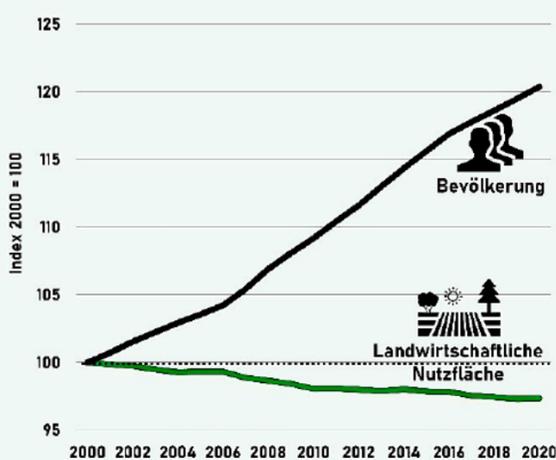
Seite 4

ES BRAUCHT EINE WEENDE IN DER AGRARPOLITIK

Ist unsere Ernährungssicherheit gewährleistet?

Zur Versorgungssicherheit gehört neben der Energie- auch die Ernährungssicherheit. Wie wichtig das ist, hat uns die Maskenlieferung während der Pandemie gezeigt. Die Selbstversorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln liegt aktuell noch bei rund 52 Prozent. Der Fokus bei der Ausrichtung der Agrarpolitik muss demnach unbedingt auf die Produktion gelegt werden.

Landwirtschaftliche Fläche



Quelle: BFS, Landw. Strukturerhebung (2021)

Von 2000 bis 2020:

Bevölkerung: 20% Zunahme
+1.5 Mio. Einwohner

Nutzfläche: 3% Abnahme
- 285 km²

= 19% weniger Nutzfläche pro Einwohner

Bevölkerungswachstum erhöht Druck auf Landwirtschaft

Steigende Bevölkerung und abnehmende Landwirtschaftsfläche: Das geht nicht auf.

Bild: SVP Kanton Zürich

In den letzten 20 Jahren hat die Bevölkerung in der Schweiz um 20 Prozent zugenommen (siehe Grafik). Gleichzeitig hat die Nutzfläche durch den Zubau um drei Prozent abgenommen. Pro Einwohner stehen demnach 19 Prozent weniger Nutzfläche zur Verfügung. Allein daraus wird klar, dass wir auf gleicher Fläche effizienter werden und die Produktivität steigern müssen, um die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen.

Grasland Schweiz

Bedingt durch unsere natürlichen Standortfaktoren Boden, Klima und Topografie haben wir in der Schweiz vor allem Grünland. Deshalb macht es auch Sinn, dass wir in der Schweiz so viele Wiederkäuer wie Kühe, Schafe oder Ziegen halten. Sie können das für den Menschen unverdauliche Gras zu wertvollen Nahrungsmitteln wie Milch und Fleisch veredeln. Im Mittelland befinden sich der Hauptteil unseres besten Ackerlandes. Im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten steht uns mit 4,7 Aren pro Kopf viel weniger Ackerfläche zur Verfügung.

det sich der Hauptteil unseres besten Ackerlandes. Im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten steht uns mit 4,7 Aren pro Kopf viel weniger Ackerfläche zur Verfügung.

Druck auf bestes Ackerland nimmt zu

Neben der Bautätigkeit der vergangenen Jahre gefährden immer neue Forderungen und Flächenansprüche für Aus-

gleichs- und Ersatzmassnahmen (AEM), Feuchtgebiete und Renaturierungen unser bestes Ackerland. Ich erlaube mir die Frage, ob für die Umsetzung dieser Massnahmen und Ansprüche zwingend Fruchtfolgefleichen weichen müssen.

Ist die gesetzliche Ernährungssicherheit noch gewährleistet?

Um die gesetzlich vorgeschriebene Ernährungssicherheit zu gewährleisten, müssen die Ackerflächen oder auch Fruchtfolgefleichen daher dringend besser geschützt werden. Das hat auch der Bund erkannt und mit dem Sachplan Fruchtfolgefleichen FFF ein entsprechendes Instrument geschaffen. Darin werden die Kantone verpflichtet, einen Mindestumfang an FFF in ihrer Raumplanung auszuscheiden und zu sichern. Der Sachplan Fruchtfolgefleichen FFF wurde letztmals im Jahr 2020 bei einer Bevölkerung von 8 Mio. Einwohnern erarbeitet. Inzwischen ist die Schweiz auf 9 Mio. Einwohner angewachsen. Um die Nahrungsmittelversorgung weiterhin sicherstellen zu können, wäre es höchste Zeit, den Sachplan Fruchtfolgefleichen FFF zu überarbeiten und den neuen Gegebenheiten anzupassen.

NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

Die SVP setzt für den Erhalt der Fruchtfolgefleichen ein und mit der Nachhaltigkeitsinitiative für eine Begrenzung der Bevölkerung, den grössten Treiber für den Verlust von Flächen. Damit wir uns auch in Zukunft mit Schweizer Pro-

dukten aus der Region ernähren können.

Die Biodiversitätsinitiative würde die (nachhaltige) Energie- und Lebensmittelproduktion, die Nutzung des Waldes und des ländlichen Raums für den Tourismus stark einschränken sowie das Bauen verteuern. Die einheimische Versorgung würde geschwächt und die Importe von Energie, Lebensmitteln und Holz nähmen zu. Zudem würden die Kompetenzen und der Handlungsspielraum der Kantone und Gemeinden beschnitten. Die öffentliche Hand wäre mit jährlichen Mehrausgaben von 375 bis 440 Mio. Franken konfrontiert.

Grundlagen bereits gelegt

Ja, die biologische Vielfalt ist wichtig und es braucht Massnahmen zu ihrer Förderung. Es tut sich hier aber schon viel! Dank der Strategie Biodiversität des Bundes und dem dazugehörigen Aktionsplan sind die Grundlagen für die Förderung der Biodiversität bereits vorhanden.

Bundesrat und Parlament lehnen die Biodiversitätsinitiative ab. Sie geht zu weit und schiesst über das Ziel hinaus. Daher am 22. September: NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative.



Martin Hübscher
Nationalrat SVP
Bertschikon bei
Wiesendangen



Debattieren statt demolieren!

Die «Anti-Chaoten-Initiative» will die Verantwortlichen für Ausschreitungen und Vandalismus bei Demonstrationen zur Kasse bitten. Es ist nicht in Ordnung, wenn die Steuerzahler für solche Schäden zur Kasse gebeten werden!

→ Chaoten sollen für die Schäden zahlen, die sie verursachen.

Wer Fassaden verspritzt, Fenster zerschlägt und Container anzündet, soll die Haftung dafür übernehmen! Ebenso müssen Vandalen für die von ihnen verursachten Einsatzkosten der Polizei aufkommen.

→ Demonstrationen müssen bewilligungspflichtig sein.

Es kann nicht sein, dass Hunderte illegaler Demonstranten den Verkehr lahmlegen und teure Polizeieinsätze provozieren.

→ Hausbesetzer müssen für die Kosten von Polizeieinsätzen, Räumungen und Sachschäden aufkommen.

Wer fremde Liegenschaften besetzt, handelt illegal – dies muss geahndet werden!

Darum am 3. März

Anti-Chaoten-Initiative
sowie Gegenvorschlag des
Kantonsrats

Stichfrage: Volksinitiative

2x JA



anti-chaoten-initiative.ch



Christoph Mörgeli

Wissenschaftliche Klimawissenschaft

Am 25. Januar berichtete der «*Tages-Anzeiger*» atemlos, die Erde habe sich im Jahr 2023 «um 1,34 bis 1,54 Grad erwärmt». Dazwischen steht immerhin «im Vergleich zur vorindustriellen Zeit (um 1850)». Aber wer liest das schon in der täglichen Hast? Im Kopf läutet die Alarmglocke: in einem einzigen Jahr eineinhalb Grad Erwärmung! In Wahrheit nahm sich diese Erwärmung 174 Jahre Zeit. Aber wer will es so genau wissen?

Diese Erwärmung sei nicht plausibel zu erklären, meinte ETH-Forscher Reto Knutti: «Wir können heute gut voraussagen, wie stark sich die Erde durch die Emissionen der Treibhausgase erwärmt, ein solcher Sprung war in keiner Weise zu erwarten.» Soweit die Logik dieses Klimawissenschaftlers: Er kann zwar die Erwärmung ganz exakt prophezeien. Aber die tatsächlich stattgefundenen Erwärmung hat ihn dann doch vor Überraschung vom Stuhl gehauen. Der Widerspruch wäre zum Totlachen, wenn wir nicht aufgrund solcher Aussagen von Klima-Magiern Milliarden um Milliarden verpulvern würden. Und dabei unseren Wohlstand aufs Spiel setzen. Und obendrein Alt und Jung in die Panik und zu den Psychiatern treiben. Der Historiker wie jeder vernunftbegabte Mensch weiss, dass sich das Klima auf unserem Planeten über die Jahrtausende ständig verändert hat. Und dass das Jahr 1850 in den letzten paar hundert Jahren temperaturmässig einen Tiefpunkt darstellte. Wir wissen aber auch, dass der CO₂-Ausstoss damals und in den folgenden Jahrzehnten noch keine Rolle spielte. Dennoch wurde es in der Folge wärmer. Was noch kein Klimawissenschaftler befriedigend erklären konnte. Ein gewisser Beitrag von CO₂ zur Erderwärmung ist ebenso unbestritten wie die Tatsache, dass der Beitrag der Schweiz bedeutungslos ist. Warum gehen denn unsere Klimaforscher nicht auf die Chinesen, Inder und Amerikaner los? Weil nur die schwachen Schweizer sofort einknicken und zahlen, was das Zeug hält – statt besser hinzuhören, welcher Unsinn in den Sätzen eines Reto Knutti liegt. Ehedem wussten die Wissenschaftler noch mehr, als sie sagten. Heute sagen sie mehr, als sie wissen.

Die Frühjahrsession im Zeichen von Stimmrecht und Strafrecht

Die Linke startete erneut einen Versuch, das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken und scheiterte. Gleichzeitig möchte die Linke schwere Gewalttäter mit dem Jugendstrafrecht schützen. Das passt nicht zusammen.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Am Montagnachmittag startete die intensive Frühjahrsession mit dem Ausbau der Bahninfrastruktur und verschiedenen parlamentarischen Vorstössen. Auch am Abend fanden diverse Anlässe in und um das Bundeshaus statt. Am Dienstag kamen verschiedene Themen aus der Rechtskommission zur Diskussion, wie die Schaffung zusätzlicher Richterstellen und die Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung. In der Fraktionssitzung am Dienstag war Korpskommandant Thomas Stüssli zu Gast und beantwortete verschiedene Fragen zu den fehlenden Mitteln bei der Armee. Der Mittwoch startete wieder mit vielen Parlamentarischen Initiativen.

Jugendschutz oder Jugendmündigkeit

Auch die Parlamentarische Initiative von Sibel Arslan zum Thema Stimmrechtsalter 16 stand am Mittwoch zur hitzigen Debatte. Die linken Parteien behaupten, sie wollten die Jungen demokratisch einbeziehen. Thomas Matter



Blick in den Nationalratssaal.

Bild: ZVG

fragte richtigerweise, ob dann nicht auch die Pflichten damit einhergehen sollen. Barbara Steinemann entgegnete den Linken, dass sich die SVP der Mehrheit der Kommission anschliesse. Stimmrechtsalter 16 habe in der Schweiz nur der Kanton Glarus mit der Landsgemeinde. Sämtliche Volksabstimmungen auch in Zürich und Bern zeigten zwei Drittel Nein-Stimmen. Einerseits spreche man von Jugendschutz und der Beeinflussbarkeit der Jugendlichen, andererseits wolle man das Stimmrechtsalter 16. Dies passe nicht zusammen. Die Abstimmung war eher knapp mit 106 zu 84 Stimmen gegen Stimmrechtsalter 16 bzw. für die Abschreibung, was sehr erfreulich war.

Verschärfungen beim Strafrecht

Danach folgte die Debatte über die Änderung des Strafgesetzbuchs und des Jugendstrafgesetzes – ein sehr wichtiges Thema, welches auch in der Rechtskommission war. Es ging einerseits um die Streichung der unbegleiteten Hafturlaube bei Verwahrung. Hintergrund war die Motion der ehemaligen SVP-Nationalrätin Natalie Rickli. Die Gesellschaft soll vor gefährlichen Straftätern geschützt werden. Eine Minderheit war anderer Meinung.

Das zweite Thema war die mögliche Verwahrung von jugendlichen Straftätern bei Mord. Diese Forderung geht auf eine Motion von Andrea Caroni (FDP) zurück. Florence Brenzikofer (SP) ver-

trat die Minderheit. Es solle keine Verwahrung geben bei Jugendlichen, sondern selbst bei Mord sei nur auf Therapien zu setzen. Darauf stellte ich ihr neben anderen die Frage, wie sie dies dann den Opfern bei Rückfällen erklären wolle. Die fürsorgliche Unterbringung, die einzige Möglichkeit, die es heute gibt, soll nur die Täter vor sich selbst schützen.

Auch der forensische Psychiater Frank Urbaniok hatte die Thematik kürzlich in einem Interview erläutert. Mauro Tuena erwähnte, dass leider die sehr schweren Straftaten bei jugendlichen Tätern zunehmen und man die Opfer schützen solle.

Einerseits wollen die Linken das Stimmrechtsalter runtersetzen, da sie ja früh mündig seien, andererseits sie im Strafrecht wieder schützen. Schlussendlich folgten auch FDP und Mitte unseren Voten und die Abstimmung fiel klar in unserem Sinne und für die partielle Verschärfung aus.

Viele Parlamentarische Initiativen

Am Donnerstagmorgen folgte das Tabakproduktegesetz und die damit zusammenhängende Werbung, welche Debatte ebenfalls den Jugendschutz ins Zentrum stellte und Anlass zu vielen Diskussionen bot.

Diese Session ist bis anhin etwas ruhiger als die Winteression, sodass viele pendente Geschäfte und Parlamentarische Initiativen behandelt werden können.

ABSTIMMUNGEN AM 3. MÄRZ

Für eine nachhaltige Sicherung unserer AHV-Renten

Die Altersvorsorge stellt seit Jahren eine der grössten Sorgen der Schweizer Bevölkerung dar – zu Recht. Die Finanzierung und die langfristige Sicherung sind aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung in Gefahr. Gleichzeitig schwindet bei der jüngeren Generation zunehmend das Vertrauen in die erste Säule. Die «Renteninitiative», über die wir am 3. März 2024 befinden, präsentiert einen Lösungsvorschlag zur nachhaltigen Sicherung unserer AHV.

Erich Hess
Nationalrat SVP
Bern

Die AHV steht vor finanziellen Problemen. Dies aus drei Gründen:

1. Die Lebenserwartung ist seit der Einführung der AHV stark angestiegen,

2. Mit dem Renteneintritt der «Baby-boomer-Generation» steigt die Zahl der Rentner stark an.
3. Demgegenüber sinkt die Zahl von Erwerbstätigen, die mit ihren Beiträgen die Renten finanzieren.

Die Kombination dieser Faktoren reiss ein grosses Loch in die AHV-Kasse. Nur mit finanziellen Massnahmen lässt sich diese Lücke nicht schliessen. Mehrwert-

steuer und Sozialabzüge wurden in der Vergangenheit bereits erhöht. Es braucht nun auch eine Anpassung beim Rentenalter.

Was verlangt die «Renteninitiative»? Zuerst soll das Rentenalter zwischen 2028 und 2033 schrittweise auf 66 Jahre erhöht werden. Nach 2033 soll das Rentenalter automatisch angepasst werden, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung steigt – allerdings nicht 1:1, sondern nur zu 80%. Dadurch kann die AHV merklich entlastet und stabili-

siert werden. Die Sicherung der Altersvorsorge treibt auch andere Länder um.

Zahlreiche Staaten haben bereits das Rentenalter nach oben angepasst. Eine Verknüpfung des Rentenalters an die Lebenserwartung ist ebenfalls kein Novum: Dänemark, Italien oder auch Portugal kennen ein solches Modell.

Auch die Schweiz muss jetzt handeln und Massnahmen ergreifen. Die Sicherung der Altersvorsorge sind wir nicht nur der älteren Generation, sondern auch der jungen schuldig.

Hier liegt nun ein konkreter und realisierbarer Vorschlag auf dem Tisch. Stimmen Sie darum am 3. März 2024 JA zur Renteninitiative

RAHMENVERTRAG 2.0 BRINGT DEMOKRATIEABBAU

EU-Turbos missachten die Bundesverfassung

Die «Paketlösung» soll den gescheiterten Rahmenvertrag ersetzen. Eine Analyse zeigt, dass die EU-Turbos unsere Verfassung noch krasser missachten.

Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter
Winterthur

Beginnen wir bei der Präambel unserer Verfassung. Dort sind als Kerngehalt unserer Schweiz «Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt» verankert. Sie gehen einher mit unserer Freiheit. Alles hat in «Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen» zu stehen.

«Förderung der Demokratie» ist Staatsaufgabe

Das sind die Leitlinien der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Diese werden im Text der Verfassung im Folgenden konkretisiert. Gemäss Art. 2 BV wird die Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft und damit ihren Organen zur Pflicht gemacht. In den Art. 5



Haben die Schweizer Verhandler in Brüssel die Bundesverfassung gelesen?

Bild: Wikipedia

und 9 BV werden alle staatlichen Organe zum Handeln nach Treu und Glauben verpflichtet. Unter dem Titel «Beziehungen zum Ausland» (Art. 54 ff. BV) werden der Bund und damit logischerweise auch immer seine Organe verpflichtet, sich für die Unabhängigkeit und für die «Förderung der Demokra-

tie» einzusetzen. Eine Verpflichtung stipuliert die Verfassung sodann für die Wahrung der «wirtschaftlichen Sicherheit». Auch die demokratischen Rechte wie Initiative und Referendum sind fest in der Verfassung verankert. Neben den dargelegten Verpflichtungen der Staatsorgane wird in der Verfassung auch die Stellung des Bundesgerichtes als «oberste rechtsprechende Behörde» (Art. 188 BV) definiert.

Verheerendes Prüfungsergebnis

Diese verfassungsrechtlichen Vorgaben sind bei jeglichem staatlichen Handeln zu beachten. Es sind nicht einfach Verfassungsbestimmungen, sondern sie bilden den Kern der Schweizerischen Bundesverfassung. An ihnen ist das Verhandlungspaket – oder ehrlicher das Rahmenabkommen II – zu messen. Auch bei Zurückhaltung fällt das Ergebnis verheerend aus. Dient eine automatische Rechtsübernahme der in der Verfassung vorgeschriebenen Förderung der Demokratie? Dabei ist die automatische Rechtsübernahme auch für zu-

künftiges EU-Recht vorgesehen. Ist die Ausschaltung des Referendumsrechtes mit der Pflicht zur Wahrung und Förderung der Demokratie vereinbar? Ist die Verpflichtung zu sogenannten Kohäsionszahlungen an die EU-Länder mit der wirtschaftlichen Sicherheit und der Wohlfahrt der Bevölkerung verantwortlich? Wie steht es um die eigenständige Regelung zur Personenfreizügigkeit? Und die Streitbeilegung bei Abkommen des Binnenmarktes sollen fremde Richter endgültig entscheiden? In Art. 188 BV heisst es doch, dass das Bundesgericht die oberste rechtsprechende Behörde ist.

Staatliche Organe handeln verfassungswidrig

Alle diese Fragen hätten zum Voraus beachtet, gründlich geprüft und offengelegt werden müssen. Niemals hätten unbedacht einfach die Verhandlungen mit der EU eröffnet werden dürfen. In der Verfassung ist wiederholt verankert, dass alle staatlichen Organe nach Treu und Glauben zu handeln haben. Darauf haben die Mitglieder des Bundesrates und des Parlaments einen Schwur oder ein Gelübde abgelegt.

Besorgt frage ich mich, ist die Schweizerische Eidgenossenschaft noch ein Rechtsstaat?

AUS DEM KANTONS RAT

Unterricht ohne Lehrdiplom bleibt möglich

Diese Woche standen verschiedenste Geschäfte auf der Agenda des Kantonsrates: vom Strassengesetz bis zum Lehrermangel. Die Parlamentarische Initiative zur Abschaffung der Wartefrist bei Stipendien für abgewiesene Asylbewerber sorgte erneut für Tumult. Die SVP ergreift das Referendum.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Gleich zu Beginn der Sitzung stand die Motion «Bundesrechtswidrige Bestimmung im Strassengesetz anpassen» auf der Traktandenliste. Brisant an diesem Geschäft ist, dass der Vorstoss als solcher bereits durch den Kantonsrat verabschiedet worden war, später aber wegen eines Rekurses der linksgrünen Städte Zürich und Winterthur durch das Bundesgericht gerügt worden ist. Die Städte Zürich und Winterthur rekurrierten damals gegen den Kantonsratsentscheid, weil sie einerseits Strassenprojekte nicht unbedingt als eigenständige Nutzungsplanungen sahen und andererseits zur Gesetzesänderung nicht Stellung nehmen konnten. Das Bundesgericht urteilte darauf, dass Strassenprojekte tatsächlich durch den Kanton genehmigt werden müssten, soweit die Projekte Nutzungsplanungen seien. Das Gericht liess allerdings offen, ab wann ein Strassenprojekt eine eigenständige Nutzungsplanung ist. Die Geschäftsleitung des Kantonsrats wies daraufhin das Geschäft wiederum der KEVU zu mit dem Auftrag, zu beschliessen, wie es damit weitergehen solle. Aus diesem Auftrag resultiert die vorliegende Motion, welche schliesslich diskussionslos überwiesen wurde.

Realismus vs. Utopie

Bei der PI «Änderungen im Bildungsgesetz, keine Wartefrist bei Stipendien für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer» war dann fertig mit Harmonie. In einem regelrechten Entrüstungsturm wurde uns wieder einmal der riesige Graben zwischen der linksgrünen Weltanschauung und unserer realistischen Sichtweise vor Augen geführt. So brachte es Kollege Tobias Infortuna klar und deutlich auf den Punkt, als er meinte, dass «vorläufig Aufgenommene» Personen seien, welchen der Flüchtlingsstatus aberkannt worden sei, die aber momentan noch nicht ausgeschafft werden können. Grundsätzlich sei es schon falsch, dass vorläufig aufgenommene Menschen sich fünf Jahre in der Schweiz aufhalten dürften. Anstelle der Ausschaffung sei es daher absolut stossend, solchen Personen noch ein Stipendium zu geben, wenn man doch schon wisse, dass solche Personen bei der nächstmöglichen Gelegenheit ausgeschafft würden. Das

alles mache wahrlich keinen Sinn. Mittels Stipendien würden zudem vorläufig Aufgenommene finanziell besser gestellt als inländische Sozialhilfebezüger. Zudem müsse davon ausgegangen werden, dass eine Sogwirkung für Scheinasylanten in den Kanton Zürich entstehe.

SVP ergreift Referendum

Aus Sicht der SVP hat die Bekämpfung der Vorlage einen politstrategischen Wert, denn sie ist verbunden mit zwei unserer Kernthemen, dem Zuwanderungs- und Flüchtlings-Chaos. Gemäss Paul von Euw kann es auch nicht angehen, dass der Kanton Zürich bestehendes Bundesrecht aus rein ideologischer Weltanschauung missachte. Aus genannten Gründen lehnte die SVP/EDU-Fraktion das Geschäft ab. Die PI wurde schliesslich mit 96 zu 75 Stimmen überwiesen. Einzig die FDP-Fraktion hat ebenfalls einstimmig das Geschäft abgelehnt. Die SVP wird nun deshalb das Referendum ergreifen, damit das Volk das letzte Wort haben soll.

Anhaltender Lehrermangel

Bedeutend ruhiger und sachlicher verlief dann die Behandlung des dringlichen Postulates von Kollege Paul von Euw und Roger Schmidinger bezüglich Weiteranstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung für das Jahr 2023/24. Ausgangslage war, dass der alljährliche Lehrermangel offensichtlich immer nur bewirtschaftet statt gelöst werden soll. Kollege Roger Schmidinger erklärte deshalb, im Kanton Zürich seien zurzeit diverse pädagogische Mitarbeiter ohne Lehrdiplom, sogenannte «Poldi», im Einsatz. Der Grund seien schlicht fehlende ausgebildete Lehrer. Weiter seien die Pensum von Lehrern mit durchschnittlich 68% ausserordentlich tief. Trotzdem müssten die Schulklassen unterrichtet werden. Aus diesem Grund lasse die Bildungsdirektion Personen ohne Lehrdiplom Klassen unterrichten, jedoch jeweils befristet auf ein Jahr. Diese Begrenzung sei befremdend und werde uns bald jährlich wieder zur selben Ausgangslage bringen. Bis der Lehrermangel nicht behoben sei, sollten diese Poldis ihre Aufgabe weiter ausführen dürfen. Gestützt auf die Antworten des Regierungsrates stimmte die SVP/EDU-Fraktion der Abschreibung des Postulates mit abweichender Stellungnahme zu.

Wer trägt die Kosten?

Mit der Motion «Administrative Kosten sind vom Kanton zu tragen» Kinder- und Jugendheimgesetz (Kostentragung) sollte der Regierungsrat aufgefordert werden, dass das Kinder- und Jugendheim-

gesetz (KJG) dahingehend zu präzisieren sei, dass von den Gemeinden ausschliesslich die Kosten der Leistungserbringer mitfinanziert werden sollten. Die im Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB) im Zusammenhang mit der Umsetzung des KJG mit RR-Beschluss 294/2019 geschaffenen neuen Stellen seien nicht als Teil der Gesamtkosten gemäss § 17 Abs. KJG zu 60% von den Gemeinden und nur zu 40% vom Kanton zu finanzieren. Vielmehr seien diese Personalkosten vollständig durch den Kanton zu tragen.

Marc Bochsler stellte klar, dass die Gemeinden ausschliesslich für die Kosten der Leistungserbringer aufkommen sollten, was eine klare Trennung der finanziellen Verantwortlichkeiten zwischen Kanton und Gemeinden gewährleisten sollte. Die vorgenommene Gesetzesmodifikation trage dazu bei, die administrative Last der Gemeinden zu minimieren. Gleichzeitig sichere dieses Vorgehen, dass der Kanton seiner Pflicht zur effizienten und wirksamen Implementierung des KJG nachkomme. Die durch die Regierungsratsbeschlüsse eingeführten neuen Stellen im AJB, die zur Durchführung des KJG notwendig seien, würden nun eindeutig vom Kanton finanziert. Da der Inhalt der Motion weitgehend erfüllt worden sei, könne die Motion als erledigt abgeschrieben werden.

Motion für Tastaturschreiben findet keine Mehrheit

Zum Schluss der Ratssitzung stand noch die Motion «Tastaturschreiben mit dem Zehnfingersystem prioritär fördern» von Kollegin Sandy Bossert auf der Traktandenliste.

Mit der Motion beauftragte die Motionärin den Regierungsrat, nötige Schritte einzuleiten, damit das Erlernen des Zehnfingersystems bereits in der Mittelstufe verankert werde. In ihrer Begründung meinte Sandy Bossert, dass Schülerinnen und Schüler möglichst früh das Tastaturschreiben mit zehn Fingern erlernen sollten, um für die zukünftige Berufswelt gerüstet zu sein. Bei der fortschreitenden Digitalisierung sei das rasche und fehlerfreie Schreiben von Texten enorm wichtig. Dies sei nicht nur für Studenten der Fall. Auch für die meisten Absolventen des dualen Bildungssystems sei ein effizientes, digitales Arbeiten bereits heute unabdingbar. Mit dieser Motion könnten die jungen Menschen schon früh in dieser Fähigkeit bleibend geschult werden. Die Motion fand dann im Rat keine Mehrheit und wurde nicht überwiesen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Asyl-Schlaraffenland Zürich stoppen!



Stefan Schmid
Kantonsrat SVP
Niederglatt

Das Asylchaos im Kanton Zürich grassiert weiter. Die Ratslinke will das Problem nun noch zusätzlich verschärfen. Sie befeuert eine Sogwirkung in unseren Kanton, obschon die Gemeinden und Schulen bereits heute am Anschlag sind. Die SVP hat verschiedene Massnahmen, von Referenden bis zu neuen Vorstössen, eingeleitet.

Die SVP des Kantons Zürich hat vor der vergangenen Kantonsratssitzung verkündet, dass sie das Referendum gegen den Beschluss des Kantonsrates ergreift, die fünfjährige Wartefrist für Stipendien für abgewiesene Asylbewerber aufzuheben. Abgewiesene Asylbewerber haben de facto keinen Asylgrund. Diese Personen werden in der Schweiz nur geduldet, weil die Rückkehr in ihr Heimatland verzögert wird. Für die SVP ist dies kein Grund, diesen Personen Stipendien ohne Wartefrist zu gewähren und so den Steuerzahler zusätzlich zu belasten. Das Referendum ist dringend nötig, um auch eine Sogwirkung in unseren Kanton zu verhindern.

Eine weitere Sogwirkung auf Asylanten entfalten die feudalen Leistungen der öffentlichen Hand. Die finanzielle Unterstützung, welche die Steuerzahler für Asylmigranten leisten, wird in grossem Umfang zweckentfremdet. Gelder werden von Asylanten in deren Herkunftsländer überwiesen. Die SVP will daher im Kanton Zürich, analog zu einigen deutschen Städten, eine Bezahlkarte für Asylbewerber einführen und die Möglichkeiten für Missbrauch einschränken. Die SVP hat daher zusammen mit der FDP zwei Vorstösse eingereicht, damit auch im Kanton Zürich neu eine Bezahlkarte eingeführt werden kann.

Weiteres Missbrauchspotenzial verortet die SVP beim Schutzstatus S. Gemäss Studien sind Flüchtlinge mit Status S nicht bereit, aus der Schweiz wieder auszureisen.

Dies, obschon dem Souverän immer versprochen wurde, dass der Status S rückkehrorientiert sei. Die Zürcher SVP fordert in einer Interpellation von der Zürcher Regierung, dass diese sich in Bundesbüros dafür einsetzt, den Schutzstatus S für Ukrainer nicht zu verlängern. Zudem ist eine Anpassung der Bundesgesetzgebung dringlich angezeigt, um im Falle der Rückweisung die Einzelfallprüfung aufzuheben.

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Die Bedeutung tiefer Verschuldung für die Freiheit eines Volkes

Die Linken vergessen oft, dass unser Wohlstand, unsere hohen Lebensansprüche und die Sozialleistungen von der Ertragskraft unserer Wirtschaft abhängen. Der Sozialstaat lebt von der Leistungskraft und dem Leistungswillen der Bürger und nicht von der Umverteilung der Linken.

Eine leistungsstarke Gesellschaft benötigt eine vertretbare Staatsquote und eine möglichst tiefe Nettoschuldenquote. Während die Schweiz einen Drittel ihrer Wirtschaftsleistung für Staatsausgaben aufwendet, ist es in der EU praktisch die Hälfte. Die Schweiz hat eine Nettoschuldenquote von 14,3%, während es in der EU 74,3% sind.

Neue Schuldenrekorde

In der EU erleben wir ein nie dagewesenes Schuldenniveau. Vor und während der Corona-Zeit wurde in der Eurozone massiv Geld gedruckt, was zu einem Geldüberhang führte. Über 80% davon, etwa 4 Billionen Euro, flossen mittels Anleihen in die Staatskassen und trieben die Verschuldung zum Nulltarif weiter an.

Gemäss dem Maastricht-Vertrag darf die Staatsverschuldung der EU-Mitgliedstaaten 60% des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Am höchsten verschuldet sind Griechenland mit 165% des BIP und Italien mit 140%. Die Eurozone liegt bei über 90%. Allerdings wird in der EU mit Sondervermögen getrickelt, da diese Sonderschulden nicht dazugerechnet werden.

Solange die Zinsen niedrig waren, störte sich niemand an den hohen Schulden. Doch jetzt ist die Party vorbei. Die Zinslast steigt für die verschuldeten Länder rasant an.

Handlungsspielräume werden enger

Die hohen Zinsen treffen die verschuldeten Staaten jetzt mit voller Wucht und schränken die Handlungsfreiheit der Politik enorm ein. Schuldenabbau würde den Staaten die Handlungsspielräume einschränken und Investitionen in die Zukunft verhindern. Die Zinskosten von Deutschland im Jahr 2023 betragen 40 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor waren es nur vier Milliar-

den Euro, also eine Verzehnfachung. Ein extremes Beispiel sind die USA mit 1260 Milliarden nur für die Zinsen pro Jahr, das sind 4,5% der Wirtschaftsleistung.

Im Vergleich dazu bezahlt die Schweiz 1,5 Milliarden Zinsen. Es ist jedoch anzumerken, dass mit diesen Zinszahlungen ein grosser Beitrag an die Armee geleistet werden könnte.

EU-Verschuldung ist Risiko für die Schweiz

Die EU hat keinen Plan, wie die Schuldenkrise in Europa nachhaltig bewältigt werden soll. Stattdessen plädieren die verschuldeten Länder wie Italien und Frankreich dafür, dass bestimmte Investitionen, etwa in «grüne Energie» oder Verteidigung, aus den Staatsschulden und der Schuldenquote herausgerechnet werden sollten. Dabei werden bereits heute die neu geschaffenen gemeinschaftlichen Schulden nicht berücksichtigt. Ebenfalls werden die TARGET-Schulden aus dem Import der stark verschuldeten Staaten gar nicht dazu gerechnet – nämlich ca. eine Billion. Der nächste grosse Konflikt in der EU ist vorprogrammiert.

Gerade in dieser schwierigen finanziellen Lage, in der sich die EU befindet, wollen uns die anderen Parteien mit dem Rahmenabkommen 2.0 enger an die EU binden. Wer würde sich freiwillig an einen sinkenden Tanker binden?

Die SVP kämpft beständig für eine niedrige Staats- und Schuldenquote, damit wir die Leistungs- und Ertragskraft unserer Wirtschaft erhalten können und den sehr stark ausgebauten Sozialstaat finanzieren können. Tragen wir unserem Land Sorge!



von
Tobias Weidmann



Mittellinks möchte abgewiesenen Asylbewerbern eine verkürzte Zulassung zu Stipendien ermöglichen. Bild: Neo_II (Flickr.com)

STANDAKTION DER SVP WETZIKON

Grosse Wertschätzung und linke Intoleranz



Ständen für die SVP im Einsatz: Domingo Zängerle, Markus Rebsamen, Zeno Schärer, Timotheus Bruderer, Ruth Ganz und Rolf Müri (v.l.n.r.). Bild: ZVG

Am vergangenen Samstag, 24. Februar, führte die SVP Wetzikon die zweite Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 3. März durch. Bei sonnigem Wetter, aber kühlen Temperaturen konn-

ten sich die Organisatoren mit den Besuchern austauschen. Spannende Gespräche, heisser Kaffee, Tee und ein interessiertes Publikum machten die Aktion zu einem Erfolg. Wir durften uns

von, teilweise offensichtlich radikalen, Besuchern aus der linken Szene auch üble Beschimpfungen wie «Nazis» anhören.

Mehrheitlich positive Resonanz

Demgegenüber war es eine grosse Freude und Wertschätzung von anderen Besuchern zu hören, O-Ton: «Schön und danke, dass ihr da seid. Es braucht euch, je länger, je mehr, weiter so! Ich weiss auch, was ich abstimme ...» Solche Erlebnisse überwogen und motivierten die Standbesucher auch bei der steifen Winterbrise positiv. Auf kommunaler Ebene setzt sich die SVP Wetzikon gegen die linksgrüne Wohn-Initiative ein, welche einen utopischen und schädlichen gemeinnützigen Mindestanteil von 20% aller Mietwohnungen fordert.

Die SVP Wetzikon setzt sich unverändert und unermüdlich für die politischen Inhalte der SVP ein. Die diesjährige Generalversammlung findet am 19. März 2024, 19.00 Uhr im Saal des Restaurants Krone in Wetzikon statt. Gäste sind herzlich willkommen. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme!

ERSTER POLIT-LUNCH 2024

Informatives Referat zur Anti-Chaoten-Initiative

Dübendorf, 21. Februar – Bei strahlendem Wetter kamen an diesem Mittwoch zahlreiche Politikinteressierte im Restaurant Sonnental zusammen, um sich zur Anti-Chaoten-Initiative ein spannen-

des Referat anzuhören. Nach dem feinen Mittagessen eröffnete Parteipräsident Domenik Ledergerber den politischen Teil und lieferte einen Überblick zu den Abstimmungsvorlagen.

Hauptpunkt des Politlunches war das Referat von Rico Vontobel, Mitglied des Initiativkomitees und Vorstandsmitglied der Jungen SVP Kanton Zürich. Er informierte über die Anti-Chaoten-Initiative und die zugrunde liegenden Fakten.

Unter anderem fanden im Jahr 2021 allein in Zürich 360 Demonstrationen und Kundgebungen statt, wobei ein Drittel davon unbewilligt war. Die Zahlen zeigen einen besorgniserregenden Anstieg sowohl bei bewilligten als auch unbewilligten Demonstrationen sowie bei den damit verbundenen Polizeikosten und Einsatzstunden.

Vontobel betonte in seinen Abschlussworten die Bedeutung der Initiative für die Sicherheit und Finanzen der Gemeinschaft. Er rief dazu auf, am 3. März mit einem doppelten JA für die Anti-Chaoten-Initiative und den Stichentscheid zugunsten der Initiative an der Urne einzustehen.



Referent Rico Vontobel informierte das Publikum kompetent. Bild: ZVG

Die Redaktion

ABSTIMMUNGEN VOM 3. MÄRZ

Heisse Debatte beim Podium zum Seeuferweg in Küsnacht

Im Schulhaus Dorf in Küsnacht fand vergangene Woche ein überparteiliches Podium zum Seeuferweg statt. Gegen den Seeuferweg votierten Nationalrätin Nina Fehr Düsel (SVP) und Gemeinderätin Pia Guggenbühl (FDP). Auf der Befürworterseite standen die beiden Kantonsräte Thomas Schweizer (Grüne) und Hanspeter Göldi (SP). Es nahmen fast 50 Personen teil.

Deutliche Worte der Befürworter

Gleich zu Beginn wählten die Befürworter deutliche Worte. Gemäss Herrn Göldi seien die Grundbesitzer am See «reich und mächtig» und würden sich aufgrund ihres «Tunnelblicks» gegen dieses Projekt stellen. Das rief in der Folge viel Widerspruch hervor. Einige Betroffene stellten klar, dass sie mit vielen anderen Familienangehörigen ein vor über 100 Jahren gekauftes Haus geerbt hatten und finanziell darauf angewiesen seien. Nicht jeder, der am See wohnt, ist reich und mächtig.

Enteignungen ohne Entschädigung

Die Befürworter erklärten ferner, Entschädigungen seien in vielen Fällen nicht angebracht. Rechtlich notwendig seien sie allenfalls in den Fällen, bei denen der Wert der Immobilie um mehr als 20% falle. Auch seien die betroffenen Grundstücke in der Regel auf aufgeschüttetem Konzessionsland, das mit Einschränkungen dem Kanton gehöre, sodass auch hier keine Entschädigung notwendig sei.

Auf Frage aus dem Publikum waren die Befürworter allerdings nicht in der Lage, einen konkreten Fall einer derartigen Enteignung ohne Entschädigung, die vor Gericht Bestand gehabt hätte, zu nennen. Im Gegenzug sind der SVP Küsnacht Fälle von solchen Enteignungen mit Entschädigung bekannt.

Auch die Frage, was denn ein mittelständischer Immobilienbesitzer mit Hy-

pothek machen solle, wenn ein Teil seiner Immobilie ohne Entschädigung enteignet würde, gab es vonseiten der Befürworter keine klare Antwort. Einigen dürfte der Ruin drohen.

Dafür erntete ein Fragesteller Gelächter, der mit Humor fragte, ob er denn seine in der Vergangenheit bezahlten Steuern zurückerhalten könne, wenn sein Grundstück ihm anscheinend nicht ganz gehöre.

Argumente von SVP und FDP

Für die Gegner waren die Enteignungen und die horrenden Kosten ein Hauptthema. Es sei bereits heute ein Grossteil des Seeuferweges verwirklicht, meinte Nina Fehr Düsel. Auch Pia Guggenbühl erwähnte den Uferweg in Küsnacht und in vielen anderen Gemeinden. Punktuelle Verbesserungen seien bereits in vielen Gemeinden in Planung, aber ohne die Eigentümer der Grundstücke zu enteignen. Auch das Littering und der Lärm würden sich durch den grösseren Druck und die grössere Frequenz in den Uferzonen erhöhen. Dies müssten auch die Befürworter teilweise eingestehen.

Und das Verkehrskonzept?

Ein Thema, das leider nicht angesprochen wurde, ist das fehlende Verkehrskonzept. Gerade die Grünen fordern sonst bei jedem grossen Bauprojekt ein Verkehrskonzept, das sie gerne kritisch kommentieren. Für dieses Projekt liegt aber anscheinend keines vor. Somit ist leider völlig unklar, wieviel zusätzliche Autofahrten der Seeuferweg auslösen würde, wieviel CO₂ dabei emittiert würde oder wo die Autos parkieren sollen. Zum Schluss gab es noch einen Apéro, an dem die Teilnehmer sich bilateral austauschen konnten.

Nationalrätin Nina Fehr-Düsel und York-Peter Meyer, beide SVP Küsnacht



Umstrittene Ufer-Initiative: Die Befürworter Thomas Schweizer (Grüne) und Hanspeter Göldi (SP) diskutierten mit Pia Guggenbühl (FDP) und Nina Fehr Düsel (SVP) auf der Gegenseite (v.l.n.r.). Bild: ZVG



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich



Einladung zum **Polit-Lunch**



SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Mit **Andi Widmer**



Sektionspräsident
 SVP Laufen-Uhwiesen,
 ehem. Polizist und Buchautor

Als Polit-Polizist an der Front
 «Ein Potpourri über sein Leben, seine Bücher und Politik»

WANN:	PROGRAMM:
Mittwoch	11.30 Uhr Apéro
6. März 2024	12.00 Uhr Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer
11.30 - 14.00 Uhr	13.00 Uhr Referat
	13.30 Uhr Diskussion
	14.00 Uhr Ende

WO:
 Restaurant Obermühle
 Obermühlweg 1
 8416 Flaach

Alle sind herzlich willkommen!



Einladung zum Abstimmungshöck in Zürich



Am **Wahlsonntag** richten die SVP, FDP, Die Mitte, JSVP, Die Junge Mitte und die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich einen Wahltreff ein. **Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen zu den Abstimmungsergebnissen.**

Sonntag, 3. März - ab 15.30 Uhr
 Coworking Lounge, Tessinerplatz 7, 8002 Zürich

Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen!



EINREICHUNG EINER VOLKSINITIATIVE – LINKE SUCHT NEUE GELDQUELLEN

Giftgrüner Klimafonds

Die SP und die Grünen haben kürzlich eine Volksinitiative eingereicht, die mittels eines Klimafonds die gesetzliche Schuldenbremse aushebeln will. Fürwahr ein giftig-grüner Mix!



Klimafonds: Linke NGOs und Aktivisten würden vom staatlichen Geldregen profitieren.

Bild: Adobe Stock



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon ZH

Die neue Volksinitiative «Für eine gerechte Energie und Klimapolitik» verlangt, dass der Bund Klimaprojekte von Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten unterstützt. Die «Klimafondsinitiative» verlangt weiter, dass jedes Jahr 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts aus der Bundeskasse in die «ökologische Wende» investiert wird.

Schnelle Übergangsfrist

Zu diesem Zweck soll gemäss Initiativtext ab dem dritten Jahr nach der Annahme der Initiative ein entsprechender «Investitionsfonds» geöfnet werden. Mit dem Fonds würden künftig 3,5 bis 7 Milliarden Franken für Klimaschutzprojekte zur Verfügung stehen. «Die Initiative schafft eine öffentliche Infrastruktur für den Klimaschutz», erklärte SP-Co-Präsident Cédric Wermuth. Sie Sorge dafür, dass der Staat mit einer Art «New Green Deal» die ökologische Wende herbeiführte, sagt Grünen-Präsident Glättli. Der Fonds würde vom Bund spätestens ab dem dritten Jahr nach Annahme von Artikel 103a durch Volk und Stände bis 2050 jährlich mit Mitteln in der Höhe von 0,5–1 Prozent des Bruttoinlandprodukts gespeist.

Öffentliche Infrastruktur für Klimaschutz

SP und Grüne arbeiteten bei dieser Initiative von Beginn an eng zusammen,

um «eine öffentliche Infrastruktur für Klimaschutz herbeizuführen. Mit anderen Worten, die Linke möchte für sich gerne neue Geldquellen erschliessen. Das Bekenntnis zur Klimareligion soll also noch mehr kosten.

Dass es denn Initianten nicht um die Sache, sondern einfach um den «Stutz» geht, zeigt schon der erste Satz der Initiative: «Bund, Kantone und Gemeinden bekämpfen die menschengemachte Klimaerwärmung.»

Nimmt man das Anliegen ernst, ist es eigentlich egal, ob die Klimaerwärmung menschengemacht ist oder nicht. Den Initianten scheint das aber wichtig zu sein.

Nicht die Diskussion über die sogenannte Klimaerwärmung wird ange-regt, sondern es wird ideologisch vom Stimmbürger verlangt, dass die Klima-

erwärmung menschengemacht – und nur das ist.

Exklusives Manna für Linke und Grüne

Der zu schaffende Klimafonds ist das Evangelium um die selbsternannten Weltenretter der Grünen und SP. Die Initiative hat mit sinnvollen Lösungen wenig zu tun.

Sie will linke Thesen quasi in Verfassungstext giessen. Sogar «die notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Um-schulungsmassnahmen inklusive finanzieller Beiträge für den Ausgleich des Einkommensausfalls während der Ausbildungszeit» sollen reglementiert werden.

All das ist nur Manna, exklusiv für Linke und Grüne, verpackt in grün-schwurblerischer Sprache.

Zitat der Woche

Rahmenabkommen 2.0

«Das Abkommen brächte eine Umkehr. Von der Schweiz würde verlangt, dass sie sich in den vom Abkommen abgedeckten Bereichen immer den durch die EU neu erlassenen Regeln unterzieht. Tut sie es nicht, muss sie Sanktionen gewärtigen. Formaljuristisch kann man das zwar vielleicht als souveränes Handeln darstellen. Doch wer das rein praktisch nicht als permanenten Souveränitätstransfer vom Schweizer Souverän zu Entscheidungsebenen der EU, die vom Volk weit entfernt sind, zu erkennen vermag, ist mit Blindheit geschlagen oder will nicht sehen.»

Gerhard Schwarz, ehemaliger NZZ-Wirtschaftsredaktor und Ex-Direktor von Avenir Suisse in einem Kommentar in der NZZ

SOLIDE POLITIK LOHNT SICH

Vertrauen



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Wir eröffnen bei der Bank ein Sparheft, weil wir der Bank vertrauen, dass wir unser Guthaben, samt Zinsen, wieder zurückerhalten. Sobald die Bank kein Vertrauen mehr genießt, bekommt sie auch kein Geld mehr. Genau dieses fehlende Vertrauen hat das Ende der Credit Suisse besiegelt. Ja, die Kunden haben sogar ihr Geld im grossen Stil abgezogen.

Umgekehrt muss eine Bank ihren eigenen Schuldnern vertrauen, dass sie in der Lage sind, das ihnen geborgte Geld mit Zinsen zurückzuzahlen. Teil der Vertrauensbildung ist oft eine Sicherheit, etwa in Form einer Hypothek.

Ganz ähnlich ist es bei den Staaten. Selbst diese können sich nicht beliebig verschulden und einfach Geld drucken. Viele Leute glauben zwar, Staa-

ten könnten nicht bankrott gehen! Doch das ist eine trügerische Sicherheit. Neuestes aktuelles Beispiel: Argentinien wurde an den Rand des Untergangs geführt. Dabei galt dieses Land einst als reichstes der Welt.

Auch ein Staat gründet auf Vertrauen. Ein sicherer Staat hat grosses Vertrauen und kommt leichter zu Staatsanleihen mit einem niedrigeren Zins. Weil der schweizerische Staat viel Vertrauen genießt, sind die Zinssätze für hiesige Staatsanleihen sehr tief. Anders als in jenen Ländern, die weniger Vertrauen geniessen. So beispielsweise Italien oder Griechenland, wo die Zinsen hoch sind, weil die Sicherheit kleiner ist. Darum ist es gefährlich, wenn Staaten sich zu sehr verschulden. Diese Staaten leben in ständiger Angst, dass die Zinsen steigen. Schauen wir also zur Schweiz. Sie bleibt vertrauenswürdig, wenn sie dank einer soliden Politik, fleissigen Bürgern und einem nicht ausufernden Staat mit zu hohen Schulden weiterhin mit dem Vertrauen im Inland und in der ganzen Welt rechnen kann.

E gfreuti Wuche!



Anleihen sind das wichtigste Instrument des Bundes zur Finanzierung seines Kapitalbedarfs.

Bild: Adobe Stock

POLIT-APÉRO 2024



Wir laden Sie herzlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Die Anlässe sind öffentlich und wir freuen uns auf einen interessanten Austausch mit Ihnen. Reservieren Sie sich bereits jetzt die Daten!

Rückblick auf die Arbeit im Kantonsrat 2023/2024
Freitag, 1. März 2024, ab 18:00 Uhr



Peter Schick
Kantonsrat



Thomas Aeschi
Nationalrat

Neuaufgabe Unterwerfungsvertrag
Freitag, 31. Mai 2024, ab 18:00 Uhr

Der Ombudsman als Brückenbauer zwischen Volk und Stadtverwaltung
Freitag, 30. August 2024, ab 18:00 Uhr



Pierre Heusser
Ombudsman der Stadt Zürich



Dr. Markus Somm
Chefredaktor und Verleger Nebelspalter

Das Elend des Mainstreams in den Medien
Freitag, 25. Oktober 2024, ab 18:00 Uhr

ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein

Wirtschaft Unterdorf
Katzenseestrasse 15
8046 Zürich

Alle sind herzlich willkommen - auch Nicht-SVP-Mitglieder!



Oetwil, mis Dorf und mis dihei!

Event mit Marcel Dettling am Freitag 8. März in Oetwil a.d.L

19:00 Uhr - Eintreffen (Gemeindescheune)
19:30 Uhr - Inputreferat Marcel Dettling
20:15 Uhr - Abendessen „Ghackets und Hörnli“

Anmeldung via QR-Code

Folge uns und bleib informiert: info@svp-oetwil.ch



Fadegrad



von
Susanne Brunner

Geldmaschine Langstrasse

Die Änderung des Verkehrsregimes hat für grosse Irritationen, Spott und viel Ärger gesorgt: Ende September 2023 installierte die Stadt Zürich auf 60 Metern der Langstrasse ein Tages-Fahrverbot. Das bedeutet: Fahrverbot für Autos zwischen 5.30 Uhr und 22 Uhr, Velofahren gestattet, VBZ-Busse ebenso. Gleichzeitig wurde die separate Busspur aufgehoben, auf der Langstrasse Tempo 30 signalisiert, 37 neue Veloabstellplätze erstellt, sechs neue Bäume gepflanzt und das Trottoir stellenweise um 2,60 Meter verbreitert. Das Ganze hat etwa fünf Millionen Franken gekostet. Das autofreie Abschnittchen von 60 Metern hat jedoch ein Verkehrschaos ausgelöst. Denn der Autoverkehr muss sich neu durch eine Umfahrroute zwingen, was lange Rückstaus auslöste. Die Beamten im Tiefbauamt lachten sich wohl ins Fäustchen.

Die neue Regelung erklärte der Tiefbauamt-Sprecher letztes Jahr so: Das autofreie Teilstück könne man wie eine Art Barriere betrachten. «Der Unterbruch der Strecke soll die Langstrasse für Autofahrende unattraktiv machen.» Aha, Autofahrer sollen der Stadt Zürich fernbleiben. Wir kennen dieses Kernziel der Verkehrspolitik von Linksrünen. Da nicht alle Autofahrer die schlecht angebrachte Signalisation sehen, haben viele trotz Fahrverbot die 60 Meter Strasse befahren. Zuerst verteilte die Polizei die Bussen noch selber. Am 8. Januar installierte die Stadt eine «automatische Durchgangskontrolle». Das ist eine Kamera, welche die Nummernschilder aller Autos erfasst, die durch das Fahrverbot fahren. Und so ward sie geboren, die «Geldmaschine Langstrasse»! Nicht etwa für die ansässigen Gewerbler. Sie leiden unter dem neuen Verkehrsregime. Nein, für die Zürcher Stadtkasse! Im ersten Monat hat die automatische Durchgangskontrolle 17 310 Autofahrer gebüsst, zu je 100 Franken. In der Stadtkasse klingeln 1,7 Millionen Franken. Vorwürfe, dass die Signalisation mangelhaft sei, wischt die Stadt beiseite. Man werde sich schon an dieses Fahrverbot gewöhnen. Wer gebüsst werde, fahre sicher kein zweites Mal mehr durch. Bussen als ertragsreiches Erziehungsinstrument. Wie mit ungezogenen Kindern, so geht die Stadt mit ihren Bürgern um. Dass die Sperrung von 60 Metern Strasse ein völliger Blödsinn sein könnte, will man natürlich nicht einsehen. Mehr als 17 000 Bussen in einem Monat, dies sprengt jedes Mass und Verhältnis. Das zeigt auch dies: Der Stadtrat könnte nun den Steuerfuss um 1 Prozent senken, denn die «Geldmaschine Langstrasse» wird diesen Betrag, rund 24 bis 28 Millionen pro Jahr, in die Stadtkasse spülen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Fraktionserklärung: Wir lassen uns von fremden Richtern nichts vorschreiben

Westafrikaner dominieren den Drogenhandel in der Schweiz. Natürlich nimmt die Polizei vermehrt Westafrikaner aus dem Verkehr. Die Linken nennen dies fälschlicherweise «Racial Profiling». Beim Fall «Mohamed Wa Baile» erachten alle Schweizer Instanzen bis zum Bundesgericht seine Personenkontrolle 2015 als rechtmässig. Doch die fremden Richter in Strassburg verurteilen die Schweiz nun dafür. Diese Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten ist ein Skandal und gefährdet unsere Sicherheit. Die SVP steht hinter der Polizei.



Die Polizei leistet hervorragende Arbeit, doch manche linke Politiker mit Verbindungen zur Antifa wollen sie schwächen.

Bild: iStock

Der Gemeinderat kann Einfluss auf die Polizeiarbeit nehmen. Und im Gemeinderat sitzen Politiker, die sich zur Antifa bekennen. Die linksradikale Antifa hasst die Polizei, will sie schädigen und

abschaffen. Aktuell läuft der Versuch, die Polizei mit dem Vorwurf des sogenannten Racial Profiling zu beschmutzen und die Polizeiarbeit massiv zu behindern. Das ist eine Gefahr für unsere

Sicherheit. Hoffentlich hat die Polizei die Augen offen und greift, wenn nötig, ein. Nicht jede Personenkontrolle ist ein Volltreffer. Gleichzeitig kann einzig die Hautfarbe nie der Grund für eine Kon-

trolle sein. Wir haben einen sehr hohen Standard bei der Auswahl neuer Polizisten. Integrität ist ein zentraler Wert. Die Polizei ist nicht rassistisch motiviert. Sie geht gegen Menschenhändler, Drogendealer und andere Verbrecher vor. SRF schreibt: «Zürich ist zum Hotspot geworden für Prostituierte aus Nigeria. Die meisten Frauen sind Zwangsprostituierte und Opfer von nigerianischen Menschenhändlern. Diese finanzieren den Frauen die Reise aus dem Heimatland und machen sie so abhängig.» Swisinfo schreibt: «60% der ausländischen Drogendealer, die in der Schweiz verhaftet werden, stammen aus Ländern Westafrikas.» Die Polizei geht gegen solche Missstände vor und nimmt dabei grosse Risiken auf sich. Danke für euren Einsatz! Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Wir brauchen die Polizei. Wir als Gesellschaft vertrauen unseren Intuitionen. Der Rechtsstaat in der Schweiz ist gewährleistet. Wir brauchen keine fremden Richter! Die Schweiz ist ein unabhängiges, eigenständiges und weltoffenes Land. Die Richter in Strassburg sollen sich dort um Menschenrechte kümmern, wo sie auch wirklich missachtet werden. Unsere Polizei ist auf jeden Fall nicht rassistisch!

SVP-Gemeinderatsfraktion
der Stadt Zürich

AUS DEM BÜLACHER GEMEINDERAT

Bülacher Tagesschule: Gescheitert an der Realität

Jahrelang knorzte Bülach an einer Tagesschule herum. Ein Mehr der Bevölkerung stimmte dem Vorhaben zu. Jetzt soll das Projekt wegen fehlender Nachfrage beerdigt werden. Die SVP behält mit ihrer Kritik recht.



Thomas Obermayer
Präsident Stadtparlament
SVP
Bülach

2016 begann die Debatte um die Einführung einer Tagesschule in Bülach, als ein Mitglied der SP zuerst ein Postulat und anschliessend eine entsprechende Motion einreichte. Unsere Kritik richtete sich gegen die Überflüssigkeit des Vorhabens, da die bestehende schulergänzende Betreuung bereits einen umfassenden Zeitrahmen von 7 bis 18 Uhr abdeckte. Wir sahen in der Tagesschule eine unnötige Konkurrenz und eine Verdopplung pädagogischer Angebote ohne erkennbaren Mehrwert. Trotz unserer deutlichen Kritik stimmte das Parlament am 22. Mai 2017 mit einer Mehrheit dafür, die Motion dem Stadtrat zu überweisen, wobei unsere Fraktion einstimmig dagegen votierte.

Pilotprojekt ohne Sorgfalt

Im Juni 2020 befürwortete das Parlament die Einrichtung einer Tagesschule als Pilotprojekt mit einem Ergebnis von 20 zu 8 Stimmen. In unserer Stellungnahme hoben wir neben früheren Bedenken vor allem technische und rechtliche Schwachstellen hervor, wie etwa die Auslassung von Angaben zu Standort und notwendigen Umbaukosten. Besonders kritisiert wurde die fahrlässige Budgetierung als Nettokredit. Auch richteten wir uns an die RPK: «Ich erwarte, dass alle RPK-Mitglieder sich an ihre Pflichten erinnern und politische Geschäfte wieder sachlich und nicht politisch prüfen.» Die SVP stimmte erneut geschlossen dagegen und reichte noch am selben Abend und dank eines abtrünnigen FDP-Mitglieds das bereits vorab unterzeichnete Behördenreferendum ein.

Nur einen Monat vor der Urnenabstimmung widerruft der Stadtrat die Vorlage. Die Begründung: rechtliche und technische Mängel in der Abstimmungsvorlage. Mit etwas Verspätung ist

die Kritik der SVP doch noch bei den Verantwortlichen angekommen. Eigentlich schade! Mit Vergütungen hätten wir uns mit einem erfolgsversprechenden Stimmrechtsrekurs auseinandergesetzt.

Bevölkerung stimmt zu

Ein halbes Jahr später wurde ein neuer, fehlerfreier Antrag vorgelegt, der jedoch auf dasselbe Schicksal stiess: Zustimmung im Parlament, gefolgt von einem von uns eingereichten Referendum. Bei der definitiven Urnenabstimmung im November kämpfte die SVP Bülach leidenschaftlich gegen das Projekt und verlor. 55 % der Bülacherinnen und Bülacher stimmten für die Tagesschule. Uns fehlten 350 Stimmen. Absolut gesehen nicht viel, aber doch genug, um von einer eindeutigen Niederlage zu

sprechen. Die für eine kommunale Abstimmung verhältnismässig hohe Stimmbeteiligung half unserem Referendum nicht. Am gleichen Tag entschied das Schweizer Stimmvolk auch über die Pflegeinitiative und das Covid-19-Gesetz.

Die SVP behält recht

Nach einer Verschiebung um ein Jahr aufgrund räumlicher Engpässe im betroffenen Schulhaus, lädt die Schule alle Eltern von Kindern im 2. Kindergarten zu einer Informationsveranstaltung ein, mich eingeschlossen. Es sind etwa 50 Personen anwesend. Für die Einführung von zwei 1. Klassen werden jedoch mindestens 36 Anmeldungen benötigt.

Es kommt, wie es kommen musste, die 36 Kinder werden bei Weitem nicht

erreicht. Das Projekt stösst auf wenig Gegenliebe. Das aktuelle System der schulergänzenden Betreuung deckt die Bedürfnisse der Eltern und Kinder bereits vollständig ab. Die im Abstimmungskampf hochgehaltenen Parolen von «ein Bedürfnis der Eltern» oder «wichtige moderne Schulstrukturen» sind verstimmt. Heute möchte die Schulpflege das Projekt beenden und übernimmt die Argumentation der SVP: «Die bereits gelebte und etablierte schulergänzende Betreuung ist besser als das Tagesschulkonzept...» Der Antrag zur Aufhebung des Beschlusses wird bald folgen.

Acht Jahre und zigtausend Steuerfranken nach der ersten Idee scheitert die Tagesschule an der Realität. Die einzige Partei mit gesundem Menschenverstand und einem guten Gefühl für das Nötige und Sinnvolle war, wie immer und wenig überraschend, die SVP.



Das jetzige Angebot an schulergänzender Betreuung deckt die Nachfrage ab.

Bild: Adobe Stock

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH VOM 26. FEBRUAR 2024

Asyl-Schlaraffenland Zürich stoppen!

Das Asylchaos im Kanton Zürich grassiert weiter. Die Ratslinke will das Problem nun noch zusätzlich verschärfen. Sie befeuert eine Sogwirkung in unseren Kanton, obschon die Gemeinden und Schulen bereits heute am Anschlag sind. Die SVP hat verschiedene Massnahmen, von Referenden bis zu neuen Vorstössen, eingeleitet.

Die SVP des Kantons Zürich ergreift das Referendum gegen den Beschluss des Kantonsrates, die fünfjährige Wartefrist für Stipendien für abgewiesene Asylbewerber aufzuheben. Die SVP erwartet, dass sich die bürgerlichen Parteien dem Referendum anschliessen.

Kein Asylgrund

Abgewiesene Asylbewerber sind kriminell oder haben sonst keinen Asylgrund. Diese Personen werden in der Schweiz nur geduldet, weil die Rückkehr in ihr Heimatland verzögert wird. Für die SVP ist dies kein Grund, diesen Personen Stipendien ohne Wartefrist zu gewähren und so den Steuerzahler zusätzlich zu belasten.

Kantonsrat Tobias Infortuna leitet für die SVP Kanton Zürich das Referendum gegen diesen schädlichen Entscheid des Kantonsrats: «Wir dürfen als Kanton Zürich nicht noch attraktiver werden für abgewiesene und kriminelle Asylbewerber. Weitere Asylanten, angezogen durch finanzielle Anreize wie Stipendien, können wir unserem Kanton nicht zumuten!»

Bezahlkarte für Asylbewerber

Unser Asylsystem zielt eigentlich darauf ab, verfolgten Personen Schutz zu gewähren. Leider werden die Gründe und Mittel für den Missbrauch dieses Systems immer vielfältiger. Insbesondere die finanzielle Unterstützung, wel-

che die Schweiz Asylmigranten – mit oder ohne anerkannten Asylgrund – gewährt, wird in grossem Umfang dazu missbraucht, die lokale Wirtschaft der Herkunftsländer zu subventionieren. Die SVP will daher im Kanton Zürich, analog zu einigen deutschen Städten, eine Bezahlkarte für Asylbewerber einführen und die Möglichkeiten für Missbrauch einschränken.

Für Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel ist klar: «Wir müssen jetzt aktiv werden gegen den Asylmissbrauch in unserem Kanton. Eine Bezahlkarte ist ein erster Schritt hin zu einer funktionierenden Asylpolitik im Kanton Zürich.»

Schutzstatus S – falsche Anreize stoppen!

Weiter hat der Schutzstatus S nachweislich ein enormes Missbrauchspotenzial. Gemäss Studien sind Flüchtlinge mit Status S nicht bereit, aus der Schweiz wieder auszureisen. Daher erwartet die Zürcher SVP, dass sich der Zürcher Regierungsrat dafür einsetzt, dass in Bundesbern der Schutzstatus S für Ukrainer nicht verlängert wird. Zudem ist eine Anpassung der Bundesgesetzgebung dringlich angezeigt.

Kantonsrat Stefan Schmid übernimmt den Lead für die SVP Kanton Zürich in dieser dringenden Angelegenheit: «Nach über 2 Jahren Krieg in der Ukraine werden die Schwachstellen des Schutzstatus S immer offensichtlicher: Der Kan-



Für abgewiesene Asylbewerber ist Zürich ein Schlaraffenland.

Bild: Bing Image Creator

ton Zürich muss hier nun vorangehen und den Asylmissbrauch über diese Schiene stoppen!»

Kantonalpräsident Domenik Ledergerber fasst die Misere in deutlichen Worten zusammen: «Unser schöner Kanton erreicht seine Belastungsgrenze aufgrund der aus dem Ruder gelaufenen Asylpolitik.

Wir müssen jetzt sofort an allen Ecken und Enden Gegensteuer gegen das links-ideologische Zürcher Asyl-Schlaraffenland geben!»

Scannen Sie den QR-Code, um zu den Referaten zu gelangen:



MEIN STANDPUNKT

Feministinnen lehnen 13. AHV-Rente ab

Frauen sind im Tieflohndektor stärker vertreten als Männer und wären daher von höheren Lohnabgaben oder einer Erhöhung der Mehrwertsteuer stärker betroffen. Und ein Blick in die Geschichte zeigt: Auch der Kaufkraftverlust der Männer wirkt sich negativ auf die Frauen aus.



Régis Ecklin
SVP Zollikon
Zollikerberg

Aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs erblühte ab den 50er-Jahren das westliche Wirtschaftswunder. Getragen von Marshallplan, Marktwirtschaft und kollektiver Arbeits- statt Kriegsbegeisterung, verwandelte dieser Aufschwung die kargen Nachkriegsjahre in eine Zeit des Überflusses und der Wonne. Der westliche Traum von Wohlstand und familiärer Harmonie wurde von immer mehr Menschen realisiert.

Das Einfamilienhaus im grünen Vortort war die Bühne dieser Idylle. Hier operierten Waschmaschine und Geschirrspüler im Takt des Fortschritts, während der Fernseher Geschichten von fernen Welten erzählte und das Radio die Melodien der Hoffnung spielte. In der Garage wartete das eigene Auto auf den sonntäglichen Familienausflug. Und der Höhepunkt dieses Luxus bestand

darin, dass er sich mit einem einzigen Einkommen finanzieren liess. Die Frau durfte arbeiten, aber sie musste nicht – Wohlstand und Freiheit, ganz im feministischen Sinn.

Erloschener Nachkriegsboom

Haus, Auto und Familie kann sich heute kaum noch jemand leisten – schon gar nicht finanziert durch ein einziges Einkommen. Die Frau wurde im 21. Jahrhundert also wieder in den Arbeitsmarkt zurückgezwungen – so wie zu weniger fortschrittlichen Zeiten.

In den 300 000 Jahren des Bestehens des Homo sapiens hat die Frau immer gearbeitet – nicht weil sie wollte, sondern weil sie musste. Als Sammlerin und Herstellerin von Waffen, Werkzeugen und Kleidern in prähistorischer Zeit hing das Überleben unserer Art ebenso von ihr ab wie vom Mann. Als der Mensch sesshaft wurde, war sie genauso wie der Mann an Ackerbau, Ernte und Viehzucht beteiligt – oft unter entbehrungsreichen Bedingungen. Im Zuge der Industrialisierung ab dem 18. Jahrhundert waren Frauen sowohl in der Heimarbeit als auch in den Manufak-

turen tätig – Schulter an Schulter mit den Männern. Nicht aus Freude an 15-stündigen Arbeitstagen, Hungerlöhnen und gesundheitlichen Schäden, sondern weil alles andere Ruin oder Rückkehr in ländliche Armut bedeutet hätte.

Doppelter Verlust für Frauen

Aktuell steuern wir auf die überwunden geglaubten Zustände der Vorkriegsjahrtausende zurück. Eine Familie lässt sich kaum mehr mit einem Einkommen alimentieren. Zu teuer ist Wohnen aufgrund tief gehaltenen Angebots, zu belastend die Krankenkassenprämien, zu kostspielig die Alltagsgüter infolge massloser Energiebesteuerung und zu zahlreich die Steuern, Gebühren und Lohnabzüge, die den Mittelstand gängeln.

Eine Annahme der 13. AHV-Rente würde zu einer Verschärfung dieses Zustands führen. Um diese Vorlage zu finanzieren, würden neue Lohnabzüge oder Mehrwertsteuererhöhungen nötig. Damit wären Frauen noch stärker auf Arbeit angewiesen – und sie würden dabei gleichzeitig noch weniger verdienen.

LINKE POLITIK DECKT SOZIALHILFE-MISSBRAUCH

Abschaffung der Sozialdetektive wäre kontraproduktiv

Die Observation als Mittel der Missbrauchsbekämpfung ist wichtig für den Rückhalt der Sozialhilfe in der Bevölkerung.



Tiziana Meier
Sozialkommission SVP
Wangen-Brüttisellen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte in einem Urteil aus dem Jahr 2016 festgehalten, dass der Schweiz die gesetzliche Grundlage für Observationen im Bereich der Sozialversicherungen fehlen würde. Darauf hat der Bund eine Gesetzesänderung zur Überwachung von Versicherten initiiert, welche von der Schweizer Stimmbewölkerung im Jahr 2018 mit 65 Prozent gutgeheissen wurde.

Linker Gemeinderat bekämpft Sozialdetektive

Allerdings gelten diese Bestimmungen nur für die Sozialversicherungen und nicht für die Sozialhilfe. Für Letztere müssen die Kantone eigene Gesetze definieren, weshalb in Zürich seit Mitte 2007 Sozialdetektive tätig sind. Jene dürfen Personen, die im Verdacht stehen, zu Unrecht Sozialhilfe zu beziehen, verdeckt observieren. Die entsprechende gesetzliche Grundlage wurde von den Stimmberechtigten im Kanton Zürich im Jahr 2021 mit 68 Prozent angenommen.

Dennoch unterstützte die linke Mehrheit im Zürcher Stadtparlament im Dezember 2023 einen Vorstoss, welcher

zukünftig verdeckte Observationen grundsätzlich verbietet. Ebenfalls hat sie 40 der 570 Stellenprozent des Sozialinspektorats gestrichen. Jenes beschäftigt Angestellte, die verschiedene Hilfsmittel zur Überwachung von Personen einsetzen, welche im Verdacht stehen, unrechtmässig Sozialgelder zu beziehen.

Wangen-Brüttisellen befürwortet Sozialdetektive

Ich bin seit 2022 als Behördenmitglied in der Sozialkommission tätig und erachte es als zentral, dass Sozialdetektive in Verdachtsfällen eingesetzt werden dürfen. Denn letzten Endes sind es die Steuerzahler, welche die Sozialhilfe ausrichten. Jene sollen darauf vertrauen können, dass die Sozialgelder bei jenen ankommen, die darauf wirklich angewiesen sind. Der Einsatz von Sozialdetektiven ist ein wichtiges Instrument, um dies sicherzustellen. Sollte es im Zusammenhang mit einer Abschaffung des Inspektorates zu einer Volksabstimmung kommen, stehen die Chancen gut, dass diese Initiative abgelehnt wird.

Vergangene Abstimmungsergebnisse zeigen klar, dass die Mehrheit der Stimmbewölkerung den Einsatz von Sozialdetektiven befürwortet. So auch in Wangen-Brüttisellen, wo die Vorlage zum Sozialhilfegesetz im März 2021 mit 1480 Stimmen und einer hohen Stimmbeteiligung von 46 Prozent, deutlich angenommen wurde.



Ferrari fahren und Sozialhilfe beziehen? Die Linke hat aus den zahlreichen Skandalen rund um Sozialhilfe-Missbrauch nichts gelernt.

Bild: Adobe Stock



«Ein Jahr Bundesrat»

Öffentliches Referat von Dr. Albert Rösti
Bundesrat, SVP

Der Anlass ist öffentlich und alle sind herzlich eingeladen!

Montag, 25. März 2024 - 20.30 Uhr

Landgasthof Löwen, Zentralstrasse 7, 5623 Boswil
Saal Chillout, Türöffnung - 20.15 Uhr

Organisiert durch die SVP Bezirk Muri



JA

ZUR SCHWEIZER
NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

send Abendessen. Weitere Infos und Anmeldung unter jennifer.fischer.svp@gmx.ch.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Donnerstag, 7. März 2024, 19.30 Uhr, Stammtisch, Wattechäller, Zürichstrasse 16, Hinwil.

Bezirk Hinwil/Rüti
Freitag, 15. März 2024, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Ferrachstrasse 4, Rüti.

Mittwoch, 10. April 2024, 19.00 Uhr, Infoanlass zum Thema «Windräder auf dem Batzberg», Restaurant Löwen, Dorfstrasse 22, Rüti.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Freitag, 1. März 2024, 19.00 Uhr, Raclette-Abend, Rotblattstübli, Rotblatt 41, Esslingen. Weitere Infos und Anmeldung unter charles@vogt-ec.com.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 1. März 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Kantonsrat Peter Schick.

Freitag, 24. Mai 2024, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glattalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Freitag, 31. Mai 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Thomas Aeschi.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Sonntag, 3. März 2024, 15.30 Uhr, Abstimmungshöck, Coworking Lounge, Tessinerplatz 7, Zürich.

Mittwoch, 6. März 2024, 19.30 Uhr, Vortrag zum Thema «Wer bedroht die Schweiz – Wer regiert die Schweiz?», Park Hotel Winterthur, Stadthausstrasse 4, Winterthur, mit alt Nationalrat Ulrich Schlüer, Schweizerzeit. Anschliessend Apéro.

Montag, 25. März 2024, 20.30 Uhr, Referat «Ein Jahr Bundesrat», Landgasthaus zum Löwen, Zentralstrasse 7, Boswil AG, mit Bundesrat Albert Rösti.

Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Gemeindefaal, Am Rainli 4, Bonstetten.

Samstag, 28. September 2024, bis Sonntag, 29. September 2024, SVP-Schiessen 2024, Vorschiesen am Freitag, 20. September 2024, Schiessanlage Wissenbach, Mettmenstetten. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 6. März 2024, 11.30 – 14.00 Uhr, Polit-Lunch, Restaurant Obermühle, Ober-

mühleweg 1, Flaach, mit Andreas Widmer, ehem. Polizist und Buchautor.

Bezirk Bülach/Eglisau
Mittwoch, 6. März 2024, 19.00 Uhr, Podium, Schützenhütte Schwanental, Wilerstrasse 203, Eglisau, u.a. mit den Kantonsräten Daniela Rinderknecht und Christian Pfaller.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Bezirk Dielsdorf
Mittwoch, 17. April 2024, 20.00 Uhr, Bezirksdelegiertenversammlung, Restaurant Löwen, Graftschaffstrasse 2, Niederglatt.

Bezirk Dielsdorf/Neerach
Freitag, 5. Juli 2024, bis Sonntag, 7. Juli 2024, SVP-Stand am Neeri-Fäscht, Dorfkern, Neerach.

Bezirk Dielsdorf/Rümlang
Freitag, 26. April 2024, bis Sonntag, 28. April 2024, SVP-Stand an der Gewerbeschau Rümlang, Sportzentrum Heuel, Rümlang.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Freitag, 8. März 2024, 19.30 Uhr, Referat, Gemeindefaal, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Marcel Dettling. Anschlies-

Schweizerzeit
Schweizerzeit Verlags AG
Postfach 54, CH-8416 Flaach
Telefon +41 52 301 31 00
Telefax +41 52 301 31 03
info@schweizerzeit.ch
www.schweizerzeit.ch

Verlagsleitung: Dr. Ulrich Schlüer
Postkonto: 84-3870-9
MwSt. Nr. CHE-107.924.0

JA ZUR SCHWEIZ
DIE SCHWEIZERZEIT IM GESPRÄCH MIT LESERN UND GÄSTEN

Mittwoch, 6. März 2024, 19.30 Uhr
Wer bedroht die Schweiz - Wer regiert die Schweiz?
Einladung zum Vortrag

- Russland - China - USA - Europa und der Ukraine-Krieg: Muss die Schweiz der Nato beitreten?
- Europa im Würgegriff der Masseneinwanderung
- Neue Verhandlungen mit der EU: Politische Kriegserklärung Brüssels?
- Überschuldung, Inflation, wirtschaftlicher Niedergang: Was wird aus Europa?

19:30 Uhr Referat Dr. Ulrich Schlüer
20:30 Uhr Diskussion
21:00 Uhr Apéro

Winterthur
Park Hotel Winterthur
Stadthausstrasse 4
8400 Winterthur

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH

Schweizerzeit
Bürgerlich-konservatives Magazin für
Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/insertate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, insertate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

LESERBRIEF

Erst in 20 Jahren verteidigungsfähig?

Erst die Ausführungen von Frau Bundesrätin Viola Amherd in ihrem NZZ-Interview vom 24. Februar 2024 lassen einen – was die Nachrüstung unserer in den vergangenen 30 Jahren kaputtgesparten Armee anbelangt – das Schlimmste befürchten. Wir werden mit diesem politischen Entscheid 1% BIP bis 2035 die von unserem Cda Thomas Süssli angestrebte Verteidigungsfähigkeit so frühestens in den 40er-Jahren dieses Jahrhunderts, d.h. in 20(!) Jahren erreichen. Hauptgründe dafür sind unsere «ungebundenen Verteidigungsausgaben» und die Realität, dass die Beschaffung von Rüstungsgütern und das Erreichen einer ersten Einsatzbereitschaft der Miliz-Truppe mit einem neuen Waffensystem in der Regel rund 10–15 Jahre in Anspruch nimmt. Die von BR Viola Amherd im Interview für den Bundesrats-Entscheid 1% BIP bis 2035 anstelle von 2030 angemahnte «politische Gesamtischt» kostet die Armee in den kommenden rund 10 Jahren CHF 10 Mrd. und verhindert im Lichte der aktuellen Bedrohungslage mit einem beachtlichen Flächenbrandpotenzial ein möglichst rasches Erreichen einer erneuten Verteidigungsfähigkeit. Die «bürgerlichen Fraktionen» des Parlamentes sind deshalb aufgefordert, den lediglich mit einem Stichentscheid des NR-Präsidenten gefällten Entscheid für das Erstrecken von 1% 2030 auf 2035 zu korrigieren. Und dieses Mal hoffentlich auch mit der Unterstützung einer überzeugenden Mehrheit der Mitte-Fraktion einschliesslich des Parteipräsidenten NR Gerhard Pfister und des Präsidenten des Schweizer Bauernverbandes, NR Markus Ritter!

Konrad Alder,
Militärpolitische Nachrichten
Schweiz (Mns), Uerikon

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Abstimmungsparolen 3. März 2024:

Eidgenössische Vorlagen	
1. Volksinitiative vom 28. Mai 2021 «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)»	NEIN
2. Volksinitiative vom 16. Juli 2021 «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»	JA
Kantonale Vorlagen	
1. Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 25. September 2023; Voraussetzungen für die Wahl an die obersten kantonalen Gerichte)	JA
2. A. Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten-Initiative»)	JA
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 11. September 2023	JA
Stichfrage	Initiative
3. Kantonale Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung»	NEIN
4. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Weisung des Regierungsrates an die Staatsvertretung im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG (Verlängerung der Pisten 28 und 32/ Umsetzung der Sicherheitsvorgaben aus dem SIL und Verbesserung der Stabilität des Flugbetriebs)	JA
Vorlagen Stadt Zürich	
1. Volksinitiative «Mythen-Park»	NEIN
2. A. Volksinitiative «Keine goldenen Fallschirme für abtretende Behördenmitglieder»	JA
B. Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Keine goldenen Fallschirme für abtretende Behördenmitglieder»	JA
Stichfrage	Initiative

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»